



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 21. Mai 1949

- Interzonenbesprechungen unterbrochen
Westdeutsche Vertreter abgereist / Eine Erklärung Heinrich Raus
VVN fordert Freiheit für Gerhart Eisler

Nachrichten

Mit aller Kraft für nationale Einheit und Friedensvertrag
Entschliessung der ersten gesamtdeutschen Konferenz
Westdeutsche Forderungen an Dr. Adenauer
Stadtverwaltungen von Nürnberg und Hannover stimmen zu
Wir wollen Verständigung
Wieviel Auslands-Kapital in Württemberg-Hohenzollern investiert?
Antwortet die Landesregierung Schleswig-Holsteins?
Mieterelend in Schleswig-Holstein
Kniffe und Pfiffe erleichtern Planerfüllung
Neuer Bahnsteigkarten-Automat
2 Frauen ersetzen 8 Männer
Devisensparende Fabrikation von Zahnersatz
Zeiss-Jena behält Weltgeltung
Maxhütte prämiert helfende Studenten
Letzte Meldungen: Einheit und Frieden - nicht zu verbieten
Westdeutschland: Kolonialgebiet unter Staatsge-
walt von Washington

Pressestimmen

Zweimächtekontrollrat bestätigt Preissteigerung im Westen
Knebelung der westdeutschen Exportindustrie zugegeben
Die Unmenschlichkeit der ersten Luftbrücke

Kommentare

Was Deutschland erwartet
Selbstschutz der Berliner gegen friedensfeindliche Provokation
Verbesserte Brennstoffversorgung in der Ostzone
Um den Frieden in Griechenland

Artikeldienst

Die bevorstehende Tagung des Aussenministerrates (M.R.)

Stimmen des Auslandes

Zwischenbilanz in China
Die Imperialisten vor der Pariser Konferenz
Amerikanische Satire auf Clays Deutschland-Politik
Verwundeten-Transporte aus Vietnam
Gemeindewahlen in Italien
Nach den Wahlen in Ungarn
Bauen ohne Baugerüst

Zur Information

Nehru - der neue Tschiangkaischek

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949

Interzonenbesprechungen unterbrochen

Westdeutsche Vertreter abgereist / Eine Erklärung Heinrich Raus

B e r l i n (ADN)

Der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission, Heinrich Raus, teilte Pressevertretern mit:

Die Besprechungen zwischen Vertretern der Deutschen Wirtschaftskommission und Vertretern des Frankfurter Wirtschaftsamt über die Regelung des Interzonenhandels sind ins Stocken geraten. Die Frankfurter Delegierten sind aus Berlin abgereist, nachdem sie mitgeteilt hatten, dass sie neue Instruktionen einholen müssen und dass man erst am 26. Mai in Frankfurt wieder zusammenkommen könne. Die Ursache für die Unterbrechung der Besprechungen ist offenbar darin zu suchen, dass die westlichen Behörden nicht gewillt sind, die Beschränkungen aufzuheben, die den Interzonenhandel unterbinden.

Es ist kennzeichnend, dass die Frankfurter Vertreter im Verlauf der Besprechungen keine Konsequenz gezeigt haben und dass ihre ursprünglich wohlwollende Einstellung sich gegen Ende der Besprechungen radikal änderte. Diese Änderung der Einstellung entspricht im wesentlichen der Änderung des Standpunktes der westlichen Besatzungsbehörden in der gleichen Frage, worüber die "Tägliche Rundschau" am 19. Mai geschrieben hatte. Auf der ersten Sitzung wurde zwischen den Vertretern der sowjetischen Zone und der westlichen Zonen in einigen Minuten eine Vereinbarung über die Wiederherstellung des Berliner Vertrages erreicht. Es wurde auch die unverzügliche Lieferung der Waren, die bereits bestellt und aufgrund dieses Vertrages bezahlt waren, als notwendig befunden. Ferner wurde beschlossen, die Besprechungen über die Änderung einzelner Positionen unverzüglich in Angriff zu nehmen. Es wurde auch festgelegt, dass die Schaffung von Verrechnungskonten sowohl in der Deutschen Länderbank in Frankfurt als auch in der Deutschen Notenbank der sowjetischen Besatzungszone erfolgen sollte. Diese Vereinbarung bedeutete noch kein Abkommen über den Interzonenhandel, aber über die wichtigsten Richtlinien ist ein Übereinkommen erzielt worden.

Auf der Sitzung vom 19. Mai nahmen die Vertreter des deutschen Aussenhandelsamtes der Bizone jedoch völlig unerwartet einen anderen, entgegengesetzten Standpunkt ein und begannen auf einem provisorischen Abkommen sowie darauf zu bestehen, dass man die anderen wichtigen Fragen vertagen sollte. Eine derartige Einstellung der Frankfurter Delegierten entspricht nicht den Interessen der deutschen Wirtschaft, sondern stellt einen Versuch dar, die Verwirklichung des zwischen den Regierungen der Besatzungsmächte vereinbarten Beschlusses über die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen, wie sie vor dem 1. März 1948 bestanden, zu verhindern. Das geht auch aus der Tatsache hervor, dass die Frankfurter Vertreter am 19. Mai einer Vereinbarung der Kontingente für bestimmte Waren auswichen, ohne die man den Interzonenhandel auf breiter Grundlage nicht entwickeln kann.

Der plötzlich veränderte Standpunkt der Vertreter des Frankfurter Wirtschaftsamt hat somit zu einer Unterbrechung der Besprechungen geführt, was offenbar auch von irgendwelchen Kräften von aussen her

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Interzonenbesprechungen..... - 2 -

angestrebt wurde. Es entsteht der Eindruck, dass irgend jemand an der Aufhebung der Beschränkungen im Handel zwischen den westlichen Zonen und der Ostzone Deutschlands nicht interessiert ist. Im vollen Bewusstsein meiner Verantwortung kann ich jedoch erklären, dass diese Politik die erfolgreiche Verwirklichung der Wirtschaftspläne der sowjetischen Zone nicht beeinflussen kann, dass sie aber der westdeutschen Industrie, die die östlichen Märkte braucht, zweifellos einen ernststen Schaden zufügen wird.

VVN fordert Freiheit für Gerhart Eisler

B e r l i n, 21.5. (VVN)

Der Zentralvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland veröffentlicht folgende Resolution:

Mit Empörung und Entrüstung nehmen alle freiheits- und friedliebenden Menschen Kenntnis von dem Kesseltreiben amerikanischer imperialistischer Kräfte gegen den Antifaschisten Gerhart Eisler.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien und Frankreich hat unser Kamerad Eisler seine nie erlöschende Kraft und sein Leben in vorderster Front ^{im Kampf} gegen den Faschismus eingesetzt.

Der Aufbau und die demokratische freiheitliche Entwicklung im Osten unseres Vaterlandes, das Angebot zur Übernahme einer Professur an der Universität in Leipzig, mussten sein Bestreben, in die Heimat zurückzukehren, verstärken.

Von den faschistischen Schergen gehetzt, gegen seinen Willen in den USA viele Jahre festgehalten und eingekerkert, gelang es ihm, sich der weiteren Freiheitsberaubung zu entziehen.

Der britischen Labourregierung blieb es vorbehalten, als Polizeibüttel amerikanischer imperialistischer Interessen, Gerhart Eisler auf seiner Heimreise unter Bruch aller internationalen Gepflogenheiten erneut in Haft zu nehmen.

Die Gruppe der Kriegstreiber kann durch ihre alten Methoden der Willkür und Unterdrückung die fortschrittliche Entwicklung nicht aufhalten. Sie enthüllt nur immer offener ihr wahres Gesicht, aber sie wird und muss am Machtvollen Widerstand aller freiheitsliebenden Kräfte in der Welt scheitern.

Der Zentralvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands fordert im Namen aller Widerstandskämpfer der Ostzone die sofortige Freilassung des Kameraden Gerhart Eisler und seine unverzügliche Rückkehr in die Heimat.

Wir wissen, dass diese Forderung die Zustimmung aller in der FIAPP zusammengeschlossenen nationalen Verbände der Widerstandskämpfer gegen Krieg und Faschismus finden wird.

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Mit aller Kraft für nationale Einheit und Friedensvertrag
Entschliessung der ersten gesamtdeutschen Konferenz

H a n n o v e r , 21.5. (ADN)

Die dem ersten gesamtdeutschen Gespräch in Hannover von einer Gruppe westdeutscher Delegierter unterbreitete Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

"Die am 20. Mai in Hannover versammelten Teilnehmer an der ersten gesamtdeutschen Aussprache über die mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit zusammenhängenden wirtschaftlichen, kulturellen und verfassungspolitischen Fragen begrüssen die Initiative des Deutschen Volksrats, die diese Konferenz ermöglicht hat. Die Teilnehmer sind der Überzeugung, dass die bevorstehende Aussenministerkonferenz zur deutschen Frage den Deutschen die Verpflichtung auferlegt, an der Neuordnung des Staates und der Wirtschaftsbeziehungen mitzuarbeiten, damit eine gesamtdeutsche Willensbildung zustande kommt und deutscherseits den Westmächten geeignete Vorschläge übermittelt werden können.

Die Teilnehmer der Konferenz vom 20. Mai bestätigen, dass sie diese Besprechungen fortsetzen und möglichst grosse Kreise der deutschen Bevölkerung daran beteiligen wollen. Sie werden diese Besprechungen gebietsweise durchführen, sowohl innerhalb der Berufsgruppen, denen sie angehören, als auch mit Angehörigen aller Parteien und Berufe. Sie werden die Forderung erheben, dass sich auch die Mitglieder der Regierungen und der Parlamente an den gesamtdeutschen Besprechungen beteiligen, das heisst, dass möglichst bald eine gesamtdeutsche Vertretung geschaffen wird, die autorisiert ist, die deutsche Auffassung gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten.

Die Teilnehmer der Konferenz geloben, ihre ganze Kraft für die Wiederherstellung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands einzusetzen.

Westdeutsche Forderungen an Dr. Adenauer

D ü s s e l d o r f , 21.5. (ADN)

Die Arbeitsgemeinschaft für eine gesamtdeutsche Verfassung übermittelte dem Präsidenten des "Parlamentarischen Rats", Dr. Adenauer, folgende Entschliessung:

"Die Pariser Aussenministerkonferenz gibt dem deutschen Volk neue Hoffnung auf nationale Einheit und Frieden. Es scheint nunmehr dringend geboten, dass der 'Parlamentarische Rat' nicht länger zögert, den wiederholten Aufforderungen des Deutschen Volksrats zu gesamtdeutschen Besprechungen nachzukommen, falls der Rat nicht die historische Schuld auf sich laden will, in entscheidender Stunde unseres Volkes versagt zu haben.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

21. Mai 1949

- 2 -

Es wird von allen vaterländisch gesinnten Deutschen verlangt, dass die deutschen Politiker aller Zonen der Aussenministerkonferenz unterbreiten, was das deutsche Volk von den Pariser Besprechungen erwartet:

Die Herstellung der Einheit Deutschlands, den Abschluss eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen!"

Stadtverwaltungen von Nürnberg und Hannover stimmen zu

M a g d e b u r g , 21.5. (E.B.)

Als erste Vertreter westdeutscher Großstädte richteten Oberbürgermeister Dr. Z i e b e l l , Nürnberg, sowie der Rat der Stadt Hannover an die Abgeordneten des Magdeburger Stadtparlaments zustimmende Antworten zur Teilnahme an den Bemühungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Die Ratsversammlung der Gemeinde L ü g e r d o r f (Schleswig-Holstein) solidarisiert sich in einer Entschliessung mit den Forderungen der Nationalen Front und begrüsst den Zusammentritt des Aussenministerrats in Paris sowie die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen in Deutschland.

Wir wollen Verständigung

S c h w e r i n , 21.5. (E.B.)

"Was wir wollen, ist die Verständigung zwischen Ost und West. Wir wollen endlich unseren Brüdern und Schwestern aus dem Westen die Hände reichen dürfen", erklärt der Maurer Willi U l r i c h , Stralsund, zur Zusammenkunft des Aussenministerrats in Paris. Der kaufmännische Leiter, Fritz G o t s c h l i c h , vertritt die Ansicht, "dass die Westmächte einen anderen politischen Weg einschlagen müssen. Ich hoffe, dass sie den Vorschlägen der Sowjetunion zugänglich sind als auf der Londoner Konferenz." Dazu äussert der Zimmermann Albert I t t n e r : "Wir Deutschen wissen sehr gut, dass die Westmächte versuchen, das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Industrie, zu einer Hexenküche des Krieges zu machen. Wir Deutschen wissen aber auch, dass die Sowjetunion nicht zulässt, um uns zu schwächern wie um etwas Verkäufliches."

Wieviel Auslands-Kapital in Württemberg-Hohenzollern investiert?

T ü b i n g e n , 21.5. (E.B.)

"In welchem Ausmass ist ausländisches Kapital an industriellen Unternehmen in Württemberg-Hohenzollern beteiligt und in welchem Ausmass ist die ausländische Kapitalbeteiligung an Industrieunternehmen in Württemberg-Hohenzollern in der Zeit von 1945 bis 1949 angestiegen?" fordert die KPD-Fraktion des Landtages von der Staatsregierung zu wissen.

Weiterhin wünscht die KPD zu erfahren, wieviel Hektar Land bisher aufgrund des Bodenreformgesetzes verteilt wurden und wieviel bäuerlichen Umsiedlern Land zugeteilt werden könnte.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

21. Mai 1949

- 3 -

Antwortet die Landesregierung Schleswig-Holsteins?

K i e l , 21.5. (E.B.)

"Entspricht es den Tatsachen, dass Landesminister aus den Bonusbeträgen der JLIA erhebliche Mittel für Auslandsreisen erhalten, an denen sich auch Verwandte beteiligen?" lautet eine von 6 Fragen, die die Zeitung "Norddeutsches Echo" an die schleswig-holsteinische Landesregierung richtet. Das Blatt wünscht u.a. weiter zu wissen, ob der Graf von Oldenburg entgegen den Agrarreformbestimmungen mehrere landwirtschaftliche Betriebe mit über 100 ha Nutzfläche von seinem 7 000 ha grossen Bodenbesitz behalten soll, ob die Landesregierung in Frankfurt/Main ein Gästehaus besitzt, für dessen Umbau 350 000 Westmark verausgabt wurden und ob der im Innenministerium tätige Regierungsdirektor W o r m i t , ehemaliger SA-Mann seit 1933 und Pg seit 1937, eine Sonderzulage von 2 400,- Westmark erhielt, um damit seine zu hohen Privatausgaben zu bezahlen.

Mieterehend in Schleswig-Holstein

K i e l , 21.5. (E.B.)

Während in Kiel Bestrebungen im Gange sind, alle Wohnungsmieten zu erhöhen, wächst von Monat zu Monat die Zahl derer, die mit ihrer Miete im Rückstand bleiben. Die Zahl der Räumungsklagen steigt. Den Opfern der Erhardsschen Wirtschaftspolitik droht die Unterbringung in Barackenlagern.

Bei einer der grössten "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften Kiels betrugen die Mietrückstände im Januar ds.Js. 39,2 %, im Februar 40,6 und im April 50,6 %. Ein anderes Wohnungsbaunternehmen, dessen Kapital zum Teil in Privathand und zum Teil in Kommunalbesitz ist, hatte im Mai 45 % Mietrückstände. Die Not der Mieter, die arbeitslos, Fürsorgeempfänger oder Sozialrentner sind, ist so gross, dass sie die ihnen gewährten Mietsbeihilfen zum Leben verbrauchen.

Im Umsiedlerlager Kollhorst haben 35 Familien einen Mietrückstand von 1 055,- Westmark und im Lager Hasseldieksdamm 40 Familien/von 1 500,-. Diese Mietrückstände sind erklärlich, wenn man hört, dass eine Mutter mit zwei Kindern, die in einer Fischfabrik arbeitet, nicht mehr als 20,- Westmark wöchentlich verdient. Das reicht knapp für Lebensmittel, an Kleidung und Miete ist nicht zu denken.

Mit den Mietrückständen steigen die Räumungsklagen. Vor dem Amtsgericht Kiel liefen von Januar bis März 300 Räumungsklagen, in Lübeck im März 145 und im April 186. Täglich werden 20 - 25 derartige Klagen verhandelt. In Heide haben sich die Räumungsklagen derart gemehrt, dass es Monate dauert, bis eine Klage zur Verhandlung kommt. Allen Wohnungsinhabern, die Mietschulden haben, droht Barackenwohnelend.

Keinen Rückstand

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Nachrichten - 4 -

Kniffe und Pfiße erleichtern Planerfüllung
Neuer Bahnsteig-karten-Automat

C h e m n i t z , 21.5. (E.B.)

Durch die Einführung der neuen, bedeutend leichteren Scheidemünzen mussten die Bahnsteigkartenautomaten der Eisenbahn - bis ein entsprechender Umbau erfolgte - zunächst ausser Betrieb gesetzt werden. Die Aufgabe des Umbaus hat die Druckmaschinenwerkstatt des Hauptbahnhofes Chemnitz unter Verwendung von Abfallstoffen ohne grösse Unkosten gelöst.

An der Entwicklung dieser sinnvollen Einrichtung hat der Mechaniker Liebau besonderen Anteil.

Der Münzeinlaufkanal der Automaten wurde an seiner unteren Seite geöffnet und mit einer durch ein verstellbares Gegengewicht ausgeglichenen Klappe versehen. Wird ein altes Zehnpfennigstück in den Automaten eingeworfen, so drückt dasselbe die bewusste Klappe nieder, der Münzeinlaufkanal wird dadurch geöffnet und die Münze fällt in einen besonderen Kasten, ohne die Automatentechnik auszulösen und ohne eine Bahnsteigkarte zu verabreichen.

Durch diesen Umbau wird nicht nur erreicht, dass der Einwerfer alter Zehnpfennigstücke keine Bahnsteigkarte erhält, sondern er bekommt seine alte ungültige Münze auch nicht wieder zurück. Sie verbleibt im Automat und wird dadurch weiterer missbräuchlicher Benutzung entzogen. Die neue leichtere Münze dagegen drückt die durch das Gegengewicht genau ausgeglichene Klappe nicht ab, der Münzeinlaufkanal bleibt geschlossen, die Münze läuft im Kanal weiter, betätigt die Automatentechnik und der Automat liefert die gewünschte Bahnsteigkarte.

2 Frauen ersetzen 8 Männer

S c h w e r i n , 21.5. (E.B.)

Für die Neubauten der "Karl-Liebknecht-Werft" in Warnemünde mussten die Mauersteine für den Bau der oberen Stockwerke einer Werfthalle etwa 13 m hoch transportiert werden. Mit dieser schweren körperlichen Arbeit waren 8 Träger volltätig beschäftigt. 28 Steine trugen sie in jeder Hücke. Die harte Arbeit für die Steinträger fand ein frühes Ende, als ein Arbeitskollege einer Baufirma, die mit Richtarbeiten an der gleichen Stelle beschäftigt war, durch einen einfachen Verbesserungsvorschlag die schwere Arbeit zu einer leichten machte.

Ein zum Transportieren von Pfeilern und Streben benutzter Schwingkran wurde in den Arbeitsprozess eingeschaltet. Feldbahngleise bis zum Kran und von der Aufsetzstelle bis zum Arbeitsplatz der Maurer machten nun möglich, dass eine von 2 Frauen mit 250 Steinen beladene Lore, jetzt in 10 Minuten anrollte.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 21. Mai 1949
- 5 -

Devisensparende Fabrikation von Zahnersatz

W e r d a u , 21.5. (E.B.)

Dem Ingenieur D i e t r i c h in Werdau gelang es, in engster Zusammenarbeit mit Zahnärzten ein elektrisches Schleudergussgerät zu entwickeln, das einen grossen Fortschritt auf dem Gebiet der Herstellung von Zahnersatz darstellt. Ein solches Gerät ist in Deutschland bisher überhaupt noch nicht hergestellt worden und es weist gegenüber ausländischen Erzeugnissen ähnlicher Art weitgehende Verbesserungen auf. Es ermöglicht den Zahnärzten, jede Art Zahnersatz aus allen Edelmetallen selbst anzufertigen.

Das Gerät besteht aus einer Schleudereinrichtung und einem elektrischen Spannungsumwandler. Die Gussvorrichtung ist eine in einem Doppelbügel eingehängte bewegliche Gusschale. Das Schmelzmaterial wird auf eine Gussmuffel aufgelegt und durch einen von Schmelzkohlenstiften erzeugten Lichtbogen in der unglaublich kurzen Zeit von kaum einer Minute geschmolzen. Anschliessend wird es, durch die mit einer besonderen Kurbel erzeugte Schleuderbewegung der Gusschale, in die Form der Gussmuffel mit einem Druck des zwanzigfachen Eigengewichts eingepresst. Ein automatischer Ummwuchtausgleich gewährleistet ein völlig ruhiges Arbeiten des Schleudergätes.

Bei einer praktischen Vorführung des Gerätes waren die Vertfeter der medizinischen Fakultät der Universität Halle, die Vertreter der Landesregierung Sachsen, der Gewerkschaften und der SED anwesend. Die erzielten Ergebnisse wurden von den Fachleuten günstig beurteilt. Der Betrieb erhielt eine Produktionsauflage.

Zeiss-Jena behält Weltgeltung

J e n a , 21.5. (Rdfk.)

Neue Arbeitsplanungen der volkseigenen Zeiss-Werke in Jena wurden anlässlich einer Fachtagung Optik und Feinmechanik der Kammer der Technik bekannt. Es handelt sich um neue lichtstarke Foto-Optiken, um ein neues astronomisches Spiegelteleskop und ein neuartiges Fernrohr. Mit der Serienfertigung dieser Instrumente wird in absehbarer Zeit begonnen.

Maxhütte prämiert helfende Studenten

L e i p z i g , 21.5. (Rdfk.)

Die Universität Leipzig veranstaltete am Freitag abend in der Kongresshalle des Leipziger Zoo einen Aktivisten-Tag zum Abschluss des Studenteneinsatzes beim Wasserleitungsbau für die Maxhütte in Unterwellenborn. Der 1. Vorsitzende des Studentenrats der Leipziger Universität, Herbert Meissner, würdigte den vorbildlichen Einsatz der Studentenschaft beim Aufbau der deutschen Friedenswirtschaft und sagte, die Aktivisten müssten nun auch im Studium die besten sein. Unter langanhaltendem Beifall führte er aus, dass die demokratische Ordnung, die heute geschaffen wird, mit solchen Studenten eine stete Aufwärtsentwicklung erfahren wird. Der Hauptdirektor der Vesta-Betriebe, Hasso Grabner, überreichte den Studenten, die aus dem Studentenwettbewerb beim Einsatz in Unterwellenborn als Sieger hervorgingen, Urkunden und zeichnete die Aktivistenstudenten mit Prämien aus.

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949

Letzte Meldungen:

Einheit und Frieden - nicht zu verbieten

H a n n o v e r , 21.5. (E.B.)

Ein Teilnehmer der Konferenz des Aktionsausschusses der Nationalen Front erklärte: "Während in den Landtagen der Trizone die nach den Londoner Befehlen vom "Parlamentarischen Rat" in Bonn ausgebrütete Verfassung für einen separaten westdeutschen Staat angenommen werden muss, wird den deutschen Staatsbürgern verboten, sich zu versammeln, um über die Frage der deutschen Einheit zu beraten und Vorschläge anzuregen, die die deutschen Auffassungen gegenüber der am 23. Mai in Paris beginnenden Tagung des Aussenministerrates vertreten werden." Artikel 8 der Bonner Verfassung lautet: "Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln". Unter dem Beifall der Konferenzteilnehmer stellte er die Frage, ob damit auch geistige Waffen gemeint seien.

Eine von der "Niedersächsischen Volksstimme" nach Hannover einberufene Pressekonferenz wurde von der britischen Militärregierung verboten, mit dem Hinweis, dass das Auftreten von Ostzonen-Politikern einer Propagandaaktion einer in der britischen Zone nicht zugelassenen Partei darstelle. Die anwesenden Pressevertreter gusserten sich entrüstet über die Art und Weise, eine solche Konferenz zu verbieten. Als sie noch einige Fragen stellen wollten, wurde von dem Vertreter der Militärregierung darauf hingewiesen, dass jedes weitere Fortführen der Konferenz eine Übertretung des Verbotes darstelle.

Die Pressevertreter nahmen später Gelegenheit, in privaten Gesprächen mit den Persönlichkeiten der Ostzone eine Reihe von Fragen zu klären. Sie sprachen durchweg den Wunsch aus, dass das gesamtdeutsche Gespräch fortgesetzt werden soll.

Westdeutschland: Kolonialgebiet unter Staatsgewalt von Washington

H a n n o v e r (E.B.)

In einer Sondersitzung sollte der niedersächsische Landtag das "Grundgesetz" annehmen. Ministerpräsident Kopf gab zu, dass das Besatzungsstatut eine schwere Belastung für das "Grundgesetz" darstellt.

Ein Antrag der KPD, eine Volksabstimmung im Lande Niedersachsen durchzuführen, wurde abgelehnt. Landtagsabgeordneter Helmuth Schmalz (KPD) erklärte, dass das Bonner "Grundgesetz" bedeute: Westdeutschland ist ein Kolonialgebiet. Die Staatsgewalt geht von Washington aus.

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Zweimächtekontrollrat bestätigt Preissteigerung im westen

Der "Sozialdemokrat" berichtete in seiner Ausgabe vom 19. Mai:

"Der vom Zweimächtekontrollrat berechnete Index für die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie war Ende April mit 143,1 (1938 = 100) zwar um 1 Prozent unter dem nach der Nährungsreform erreichten Höchststand, aber gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen. Wenn auch die Preise für Bekleidung, Haushaltsartikel und Heizung im April zurückgegangen sind, so sind die für Nahrungs- und Genußmittel, Reinigungsartikel, Unterricht und Transportleistungen gestiegen. Es zeigt sich also, daß die Aufwendungen für den lebensnotwendigen Bedarf der breiten Massen keineswegs geringer werden..."

Knebelung der westdeutschen Exportindustrie zugegeben

Die amerikanische "Neue Zeitung" machte in einem am 20. Mai veröffentlichten Artikel folgendes außerordentlich bemerkenswerte Eingeständnis:

"Angesichts der Eröffnung der technischen Messe in Hannover wird aus Kreisen der deutschen Automobilindustrie festgestellt, daß die Bemühungen, die Preise zu revidieren, bisher erfolglos waren. Die Preisklage ist aber für die neuen Produktionsprogramme äußerst wichtig. Infolge der höheren Kohlen- und Eisenpreise mußte auch teurer kalkuliert werden. Gegenwärtig ist es nach Ansicht der westdeutschen Automobilindustrie so, daß die wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande - unter Berücksichtigung des gültigen Umrechnungskurses - fast als aussichtslos erscheint. Man verweist darauf, daß beispielsweise der neue Mercedes-Typ "170 S" trotz seiner großen Vorzüge mit einem Preis von rund 10 000 Mark im Auslande nicht abgesetzt werden kann. Für einen beachtlich niedrigeren Preis sind die bekannten ausländischen Automobilfirmen in der Lage, mit Höchstkomfort ausgestattete Wagen herzustellen. Wenn der deutsche Automobilexport bisher noch nicht zum Erliegen gekommen ist, so wird weiter gesagt, sei dies nur darauf zurückzuführen, daß alte Auftragsaufträge zu dem ermäßigten Kurs von 17 - 18 Cent für eine Mark gegenwärtig noch abgewickelt werden."

Die Unmenschlichkeit der ersten Luftbrücke

Wie die "Frankfurter Neue Presse" am 16. Mai berichtet, hat der frühere Landesbischof Dr. Theophil Wurm in einem offenen Brief zur Frage der Städtezerstörungen gegen Ende des zweiten Weltkriegs Stellung genommen.

Er erklärt: "Es sei wohl wert, darüber zu reden, ob nicht das Prädikat 'unmenschlich' angebracht sei, wenn im letzten Stadium des Krieges, als kein Zweifel mehr am Sieg der Alliierten bestanden habe, besonders dicht besiedelte Innenbezirke von Städten wie Darmstadt, Heilbronn und Pforzheim mit Bomben überschüttet und Zehntausende von Menschen getötet wurden. Auch die Tiefflieger-Hasenjagden auf die Landbevölkerung und Kleinbahnen müßten als unmenschlich bezeichnet werden."

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Was Deutschland erwartet

B e r l i n (PD)

Am 20. Mai tritt in Paris die Außenministerkonferenz zusammen. Das deutsche Volk hat vier Jahre nach Kriegsende noch immer keinen Friedensvertrag. Es hat seine nationale Selbständigkeit noch nicht wieder erlangt und muß einen harten Kampf um die Herstellung seiner nationalen Einheit führen. Es ist natürlich, daß es mit den Verhandlungen in Paris die sehnlichste Hoffnung verbindet, daß die vier Großmächte zu einer Einigung über einen gerechten Frieden für Deutschland gelangen mögen.

Gerade in diesen Tagen erlebt das deutsche Volk einen deutlichen Anschauungsunterricht, welche verhängnisvollen Auswirkungen das Streben einer profitsüchtigen Gruppe amerikanischer Milliardäre nach Weltherrschaft zeitigt. Dem Marshallplan zur wirtschaftlichen Unterwerfung der Länder folgte der Ati-antipakt als aggressiver Militärblock. Westdeutschland mit den reichen Hilfsquellen des Ruhrgebiets soll die Waffenschmiede des Westblocks werden. Daher hat Wallstreet Deutschland zerrissen, wurde Ostdeutschland ein Besatzungsstatut aufgezwungen. Die Politik der Wallstreet hat bereits zur Einführung einer Art Besatzungsregime in ganz Westeuropa geführt. Ein Beispiel dafür ist die Verhaftung des deutschen Antifaschisten Eisler in England. Dazu schreibt die englische Zeitschrift "New Statesman and Nation":

"Durch die Tatsache, daß Eisler überhaupt verhaftet worden ist und durch die Art und Weise, in der die Verhaftung vorgenommen wurde, wird der Eindruck erweckt, daß Großbritannien nur noch eine Kolonie ist, deren Regierung auf Befehl der USA die Tradition ihres eigenen Landes aufgeben muß."

Obwohl in Paris die Frage der deutschen Einheit zur Verhandlung steht, ergreifen die Anglo-Amerikaner in Deutschland selbst Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Einheit. Zum Verbot des ersten gesamtdeutschen Gesprächs in Hannover durch die britische Militärbehörde bemerkt Wilhelm Koenen, der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrats:

"Sind wir in Westdeutschland tatsächlich schon so weit, daß Über-einheit und Frieden nicht mehr gesprochen werden darf? Gelten in Westdeutschland persönliche Freiheit und Freiheit der Meinungsäußerung nur für Kriegshetzer? Wie kann ein solches Verbot von der Militärregierung eines Landes erlassen werden, das ständig mit seinen angeblichen demokratischen Freiheiten prahlt? Warum tritt man uns gerade in der Stunde des Verhandlungsbeginns mit Kolonialmethoden entgegen?"

Diese Vorgänge, ebenso wie der Versuch der Westmächte, durch einen UGO-Streik auf der Berliner S-Bahn Westberlin erneut zu blockieren, wie der Versuch, die Wiederherstellung der interzonalen

PresseDienst
(PD)

21. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Handelsbeziehungen zu sabotieren - alle diese reaktionären Anschläge zeigen, wie notwendig die stärkste Aktivität aller national gesinnten Deutschen im Kampf um Einheit und Frieden ist. Keine Militärpolizei kann den Deutschen verbieten, sich über alle Zonengrenzen hinweg über die nationalen Lebensfragen zu verständigen.

Das deutsche Volk erwartet von der Pariser Vier-Mächte-Verhandlung, daß mit den provokatorischen Anschlägen gegen die deutsche Einheit und gegen den Frieden Schluß gemacht werde. Es erwartet, daß die westmächte wieder auf das auch von ihnen feierlich unterzeichnete Potsdamer Abkommen zurückfinden werden, das Deutschland als eine wirtschaftliche und politische Einheit betrachtete und die Entmilitarisierung und Demokratisierung ganz Deutschlands zum Ziele hatte. Deutschland erwartet, daß man ihm endlich die Möglichkeit gebe, seine Wirtschaft im ganzen Lande in eigener friedlicher Arbeit, mit einer einheitlichen Währung und einem freundschaftlichen Warenaustausch mit allen Ländern aufzubauen, um sich die Grundlagen für ein besseres Leben zu schaffen. Der Friedenswille des deutschen Volkes muß bei den Pariser Verhandlungen nachdrücklich zu Gehör gebracht werden. Es steht in seinem schweren Kampf um Einheit und Frieden nicht allein. Es hat die Friedenskräfte der ganzen Welt mit der Sowjetunion an der Spitze auf seiner Seite. Aber wie auch die Viermächte-Verhandlungen ausgehen mögen, das deutsche Volk muß wissen, daß es nur dann seine Zukunft sichern kann, wenn es selbst auf den Plan tritt.

W.E.

Selbstschutz der Berliner gegen friedensfeindliche Provokation

B e r l i n (PD)

Die deutsche Hauptstadt steht im Zeichen der entschlossenen Abwehr, die die demokratischen Kräfte, gestützt auf die gesamte friedliebende Bevölkerung, dem provokatorischen Versuch entgegensetzen, den Eisenbahn- und S-Bahnverkehr in Berlin zu blockieren. Am Abend des 20. Mai und die darauffolgende Nacht bis in die Morgenstunden des Sonnabends auf westberliner S-Bahnstationen verbrachte, konnte zweifelsfrei festgestellt werden, daß diese Provokation gegen Frieden und Sicherheit nichts mit einem "Streik für Forderungen der Eisenbahner" zu tun hatte. Nein, in Wirklichkeit wollten westliche, besonders amerikanische Stellen, die sich der stumm-Polizei als Befehlsübermittler und der berechtigten Schlägergarden als Stütztruppen bedienten, die westberliner Eisenbahner von UGO-Häuptlingen zur Arbeitseinstellung aufhetzen lassen. Auf diese Weise sollten Zwischenfälle und Zusammenstöße provoziert werden, um so die Pariser Konferenz, d.h. eine Verständigung der Großmächte über Deutschland, zu stören.

Daneben stand eine zweite Absicht: Die unkontrollierbaren Zufuhren von Lebensmitteln und Waren nach Berlin, die sämtlich auf Kredit erfolgen, gefährden die westdeutschen und westberliner Fi-

e
n

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Kommentare - 2 -

nanzen in einem solchen Maße, daß sie wenigstens vorübergehend unterbunden werden sollten. Durch die Sabotage des Eisenbahnverkehrs sollte nun ein Zustand geschaffen werden, wie wir ihn vor Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen hatten. Wenn dabei der Versuch gemacht wird, an der e für das planmäßig angestrebte Chaos verantwortlich zu machen, so steht demgegenüber eindeutig fest: Der Westmagistrat, der die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel eingeführt hat, muß auch dafür sorgen, daß die Eisenbahner ihre Löhne und Gehälter in Westmark erhalten. Dieser Westmagistrat, der gemeinsam mit seinen ausländischen Hintermännern allein verantwortlich für die Spaltung Berlins ist, will sich vor seiner Verantwortung und seinen Verpflichtungen drücken. Die Reichsbahnverwaltung und die sowjetischen Besatzungsbehörden dagegen haben ihre Solidarität mit den Westberliner Eisenbahnern erneut bewiesen.

Selbst Anhänger der UGO lehnen deren demagogische Politik ab. Sie wenden sich gegen den von ausländischen Friedensstörern und ihren deutschen Handlangern inszenierten UGO-Streik besonders deswegen, weil dieser durch die geplanten und zum Teil auch durchgeführten Sabotageakte eindeutig als Aktion nicht für, sondern gegen die Arbeiter abgestempelt ist. Kein Eisenbahner - ob FDGB- oder UGO-Anhänger - will durch Sabotage und hemmungslose Katastrophenpolitik Leben und Gesundheit von Eisenbahnern und Fahrgästen gefährden.

Der sogenannte Streik der UGO erwies sich also eindeutig als der Versuch eines schändlichen Mißbrauchs der Eisenbahner gegen die werktätigen. Die Forderungen der UGO sind nichts anderes als ein Vorwand für die Politik der ausländischen Kräfte, die einen Erfolg der Pariser Konferenz verhindern möchten. Die Mehrheit der Berliner hat das niederträchtige Manöver durchschaut, mit dem auf Kosten der Bevölkerung ein Schlag gegen die internationale Verständigung geführt werden soll - einige Beispiele für die Gangstermethoden, mit denen sich die friedensfeindlichen Provokateure entlarven: Nicht Eisenbahner, sondern Stummpolizei verhinderte auf dem Bahnhof Wannsee die Abfahrt von S-Bahnzügen. Gegen Eisenbahner, die auch hier zur Arbeit erschienen waren, schritt Stummpolizei auf dem Bahnhof Gesundbrunnen ein. Auf dem Bahnhof Witzleben trat ganz offen ein englischer Offizier mit der Aufforderung auf, den Betrieb einzustellen. Der Dienststellenleiter Schüler, ein altes Mitglied der SPD, der auf dem Bahnhof Neukölln eine Streikbeteiligung ablehnte, wurde von einer Schlägerkolonne schwer mißhandelt und obendrein von Stummpolizei verhaftet. Die Reihe dieser Beispiele könnte beliebig verlängert werden.

Kein Wunder, daß die Provokateure das Gegenteil dessen erreicht haben, was sie wollten. Nicht nur, daß sich die verantwortungsbewußten Eisenbahner der Lage gewachsen zeigten und mit Ausnahme weniger Vorortstrecken den Verkehr ohne längere Unterbrechung in ganz Berlin aufrecht erhielten; die offenkundigen Gangstermethoden der UGO und ihrer Hintermänner haben den Widerstandswillen aller Berliner, die in einem einheitlichen Berlin in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen wollen, gegen alle Bedrohungen ihrer Sicherheit erheblich gesteigert. Nachdem bereits der Streikaufruf der UGO einen Entrüstungssturm bei allen Berliner werktätigen hervorgerufen hatte, bewiesen zahlreiche Berliner durch ihr Erscheinen auf den Bahnhöfen den Willen, ihre S-Bahn zu verteidigen und die Westberliner Eisenbahner durch ihre Besonnenheit, daß Berlin sich nicht zu einem Tummelplatz von Friedensfeinden machen läßt.

P 1

Presse Dienst
(PD)

21. Mai 1949
Kommentare - 4 -

Verbesserte Brennstoffversorgung in der Ostzone

B e r l i n (PD)

Die zweite Durchführungsbestimmung der DWK zur Hausbrandversorgung in der sowjetischen Besatzungszone sichert die Belieferung der Haushalte für den kommenden Winter mit Kohle, mit einem Grundkontingent von 2 Zentnern Briketts pro Haushalt und einer weiteren zusätzlichen Menge pro Kopf je nach Lebensmittelkartengruppe von 1 bis 2 1/2 Zentnern Briketts.

Was besagen die nüchternen Zahlen? Sie zeigen einmal, daß gegenüber dem vorigen Winter eine entschiedene Verbesserung der Hausbrandversorgung in der sowjetischen Besatzungszone zu verzeichnen ist. Für den Winter ist vorgesorgt, jede Hausfrau kann ihm mit Ruhe entgegenblicken. Mit der garantierten Zuteilung der in der Durchführungsbestimmung vorgesehenen Menge ist die Hausbrandversorgung in der ganzen Zone gesichert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie noch weiter verbessert wird.

Die Zahlen geben aber noch über eine andere Entwicklung Auskunft. In der sowjetischen Besatzungszone hat die Wirtschaft auch in der Brennstoffversorgung gegenüber den Haushalten den Vorzug. Die Verbesserung der Hausbrandversorgung geht auf der Grundlage der Sicherstellung der Versorgung der Industrie mit den notwendigen Brennstoffen vor sich. Die besondere Bedeutung der Sicherstellung der Industrie und der Haushalte mit Brennmaterial liegt darin, daß sie im Zeichen der Blockade der Ostzone und der gesperrten Kohlenlieferung aus dem Ruhrgebiet geschah. Die Reinde der Wirtschaftsaufstiegs in der Ostzone glaubten die Wirtschaft der Ostzone zum Erliegen zu bringen, wenn sie sie von der Ruhrkohle abschneiden. Die Spekulation auf den Zusammenbruch der ostzonalen Wirtschaft, die Meinung, daß durch Sperrung der Kohlentransporte aus dem Westen auch die Versorgung der Haushalte der Ostzone mit Briketts nicht erfolgen könne, weil die Industrie so gut wie alle Briketts für sich benötige und ein anderer Teil exportiert werde, hat sich als falsch erwiesen. In der Tatsache der Sicherstellung der Brennstoffversorgung der Industrie und Haushalte widerspiegeln sich die verstärkten Steinkohlenlieferungen aus Polen. Wenn die Industrie und die Haushalte mit Brennstoff versorgt sind, wenn die reaktionären Kreise des Westens betrubt feststellen, daß sie die Wirtschaft der Ostzone nicht von der Brennstoffbasis her lahmlegen konnten, dann dank der gutnachbarlichen Beziehungen zu Polen, das uns seine Steinkohle zur Verfügung stellte und weiter zur Verfügung stellen wird.

Während die Wirtschaft der Ostzone durch Steinkohlenlieferungen aus Polen einer stetigen Aufwärtsentwicklung entgegengeht, mangelt es der Wirtschaft im Westen an Kohle, die zu Schleuderpreisen exportiert wird. Diese Entwicklung ist in der Ostzone undenkbar, weil nicht wie im Westen in erster Linie Rohstoffe, darunter Kohle, ausgeführt werden, die die eigene Wirtschaft dringend benötigt.

(L.M.)

Zur Beachtung für die Redaktionen!

Der Artikel "Neue Wege des Geschichtsunterrichts" im Kulturteil des PD vom 20.5.49 ist weder im Gesamten noch im Auszug zum Abdruck geeignet.

Red. PD

PresseDienst
(PD)

21. Mai 1949

Um den Frieden in Griechenland

B e r l i n (PD)

Unter dem Druck der Friedenskräfte der Welt und der allgemeinen Empörung über die Schandtaten der Reaktion in Griechenland sahen sich englische und amerikanische Regierungsvertreter während der Tagung der Vereinten Nationen veranlaßt, sich an den sowjetischen Vertreter mit dem Vorschlag zu wenden, Maßnahmen zur Regelung der in Griechenland entstandenen Lage und Beendigung des Bürgerkrieges zu erörtern. Die Sowjetunion hat sich dazu natürlich bereit erklärt und auf die kürzlich veröffentlichte Friedensdeklaration der provisorischen demokratischen griechischen Regierung hingewiesen, in der diese ihren Wunsch zur Beendigung des Bürgerkrieges zum Ausdruck brachte. Als Antwort auf den englisch-amerikanischen Wunsch, die Ansichten der Sowjetunion über die Maßnahmen zur Normalisierung der Lage in Griechenland kennenzulernen, bezeichnet der sowjetische Vertreter als solche Maßnahmen eine allgemeine Amnestie, demokratische Neuwahlen, Einstellung der militärischen Hilfe ausländischer Staaten für die griechische Regierung und Festlegung eines Datums für den Abzug der ausländischen Truppen aus Griechenland.

Diese demokratischen, dem Frieden dienenden Vorschläge der Sowjetunion, wurden von der amerikanischen und englischen Regierung abgelehnt. Truman hat demonstrativ einen neuen 50-Millionen-Dollar-Kredit für die griechischen Monarcho-faschisten beantragt, und der Chef der USA-Militärkommission in Griechenland, General van Fleet, erklärte in provokatorischem Ton: "Für die griechischen Rebellen gibt es nur die Wahl: zu sterben oder die Waffen bedingungslos niederzulegen; zwischen der griechischen Regierung und dem Führer der Aufständischen kann es keine Verständigung geben." Der anglo-amerikanische Imperialismus setzt also den blutigen Bürgerkrieg in Griechenland fort. Die Anfragen bei der Sowjetregierung entpuppen sich als plummes Manöver, mit dem der Anschein erweckt werden soll, als ob die Sowjetunion an dem Bürgerkrieg in Griechenland mit Schuld wäre. Daß dieses Manöver kurz vor der Pariser Außenministerkonferenz zur Behandlung der deutschen Frage erfolgt, ist kein Zufall. Angesichts der ersten Erfolge der Weltfriedenskräfte, die den amerikanischen Imperialismus gezwungen haben, einer Beratung der deutschen Frage zuzustimmen, braucht die amerikanische Propaganda Ablenkungsmanöver, denn das Vertrauen der Welt zur Friedenspolitik und Verständigungsbereitschaft der Sowjetunion ist gerade an dem Beispiel der deutschen Frage gewachsen.

Der englische Unterstaatssekretär Mayhew hat vor kurzem zugegeben, daß England im Laufe von zwei Jahren Kriegsmaterial im Werte von 42 Millionen Dollar nach Griechenland geliefert hat. Der Wert der von der USA-Regierung in dem einzigen Jahr 1948 an die griechische Reaktion gelieferten Kriegsmaterialien wird mit 296 Millionen Dollar angegeben. Diese Zahlen sprechen für sich und zeigen, wo diejenigen zu suchen sind, die das griechische Volk nicht zum Frieden kommen lassen und für den blutigen Bürgerkrieg in Griechenland verantwortlich sind.

G.Kr.

PresseDienst
(P.D.)

21. Mai 1949

A r t i k e l d i e n s t
=====

Die bevorstehende Tagung des Außenministerrates

(M.A.)

Die "Prawda" veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 20.5. einen Artikel von Marlinin zur bevorstehenden Tagung des Außenministerrates, in dem es u.a. heißt:

Für den 25. Mai wurde der Außenministerrat nach Paris einberufen. Wie es in dem veröffentlichten Kommuniqué der Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs heißt, hat die Tagung die Aufgabe, die Deutschlandfrage und die Probleme, die aus der Lage in Berlin entspringen, zu erörtern, darunter auch die Frage der Wahrung in Berlin. Vorhergehen sollte der Tagung des Außenministerrates ab 12. Mai dieses Jahres die Aufhebung aller von den Regierungen der vier Mächte seit dem 1. März 1948 zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands, zwischen Berlin und der Ostzone sowie zwischen der Ostzone und den westlichen Besatzungszonen festgesetzten Beschränkungen für den Verkehr und Handel.

Seit der letzten Londoner Tagung des Außenministerrates sind einhalb Jahre vergangen. Niemand kann leugnen, daß das deutsche Problem in dieser Periode infolge der Politik der herrschenden Krise der USA, Englands und Frankreichs nicht gelöst wurde, ja, sogar mehr, daß es in eine Sackgasse geriet. Das Ergebnis war, daß ein so wichtiges Organ wie der Kontrollrat, in dem alle Besatzungsmächte vertreten sind, gerade zu der Zeit zur Untätigkeit verurteilt war, als man ihn ganz besonders brauchte.

Schon seit dem ersten Tag des Entstehens der sogenannten Berliner Krise setzte sich die Sowjetunion immer wieder dafür ein, daß neben der unmittelbaren Beilegung der Streitfrage über Berlin auch grundlegende gesamtdeutsche Fragen vom Außenministerrat erörtert werden sollen. Bereits im August 1948 wurde im Ergebnis der Moskauer Verhandlungen der Viermächtevertreter eine bestimmte Übereinkunft erzielt. Darin war vorgesehen, daß in nächster Zukunft Beratungen zwischen Vertretern der vier Regierungen stattfinden sollten, entweder als Konferenz des Außenministerrates oder andere Viermächtekonferenzen zwecks Erörterung erstens der Berlin betreffenden ungelösten Fragen, zweitens der anderen ungelösten Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen.

Aber gerade die Einberufung des Außenministerrates zur Erörterung und Lösung des ganzen deutschen Problems gehörte offensichtlich nicht zu den Plänen der Westmächte. Sie annullierten die in Moskau erzielten Vereinbarungen und übertrugen die Erörterungen der Berliner Krise dem Sicherheitsrat. Obwohl der Versuch, den Sicherheitsrat in die Regelung dieser Fragen einzubeziehen, jeder Begründung entbehrte, wurde doch im Verlaufe der inoffiziellen Pariser Verhandlungen auf neue eine Übereinkunft erzielt. Diese erzielte jedoch das gleiche Schicksal wie die erste. Der Resolutionsentwurf des Sicherheitsrates, über den zwischen der Regierung der Sowjetunion und den Regierungen der übrigen interessierten Mächte am 24. Oktober 1948 eine Vereinbarung herbeigeführt wurde,

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

wurde am 25. Oktober von den Vertretern der USA, Englands und Frankreichs zurückgewiesen.

Inessen war auch in dieser Übereinkunft nicht allein davon die Rede, daß die vier Mächte unverzüglich alle von ihnen festgelegten Beschränkungen für die Verbindung, den Verkehr und den Handel aufheben sollen, sondern auch davon, daß in zehntägiger Frist nach der Durchführung dieser Maßnahmen die Verhandlungen im Außenministerrat über alle der Lösung harrenden Probleme, die Deutschland als Ganzes betreffen, wiederaufgenommen wird.

Ende Januar dieses Jahres sprach Stalin in Beantwortung der Fragen des europäischen Generaldirektors der amerikanischen Korrespondenz-International News Service, Herrn Kingsbury Smith, erneut den Vorschlag aus, die Berliner Krise zu regeln unter der Bedingung der Einberufung einer Tagung des Außenministerrates, um die ganz deutsche Frage zu erörtern.

Es vergingen drei Monate. Jetzt haben die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs es für möglich gehalten, diese Grundlage für die Lösung der Berliner Frage anzunehmen und willigte in die Einberufung des Außenministerrates ein, um nicht allein das Berliner, sondern auch das gesamtdeutsche Problem zu besprechen. Mehr als ein Jahr war vonnöten, damit die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs von ihrem Boykott des Außenministerrates Abstand nahmen und daß sie die Tätigkeit des Organs erneuerten, das einzig und allein bevollmächtigt ist, das Statut ganz Deutschlands oder eines beliebigen seiner Gebiete zu bestimmen.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß es keine Berliner Krise gäbe, wenn die USA, England und Frankreich nicht von Anfang an den Weg der Ignorierung des Außenministerrates beschritten hätten. Selbstverständlich hat nicht die Berliner Krise die Krise des Außenministerrates heraufbeschworen, sondern umgekehrt. Die Linie, die zur Liquidation des Außenministerrates abzielt, war mit einer jener Quellen, aus denen die Berliner Krise entstand.

Was bestimmte nun dieses beharrliche Streben der Westmächte, der Tätigkeit des Außenministerrates ein Ende zu setzen? Der Hauptkurs der anglo-amerikanischen herrschenden Kreise in der Deutschlandfrage! Die Hauptmerkmale dieses Kurses sind allgemein bekannt. Sie bestehen vor allem in der Losung vom politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Programm, das in Bezug auf Deutschland auf der Konferenz der verbündeten Mächte in Potsdam bestätigt wurde. Die Wichtigkeit dieses Programms ist nicht nur durch die geschichtliche Erfahrung bestätigt, sondern auch durch die ganze internationale Nachkriegsentwicklung. Das Potsdamer Programm geht davon aus, daß es keinen dauerhaften Weltfrieden geben kann, wenn es keinen Frieden in Europa gibt, und daß es in Europa keinen dauerhaften Frieden geben kann, wenn das Problem der Umwandlung Deutschlands in einen friedliebenden demokratischen Staat nicht gelöst ist. Die Aufgabe, Deutschland in einen einheitlichen friedliebenden Staat umzuwandeln, ist untrennbar verknüpft mit den Interessen der Festigung des Nachkriegsfriedens und der internationalen Sicherheit überhaupt.

PresseDienst
(PD)

21. Mai 1949
Artikeldienst - 3 -

Darum also besteht das Ausgangsprinzip des Potsdamer Programms und sein Fundament in der Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte in der Deutschlandfrage. Der Außenministerrat ist dann auch berufen, als wirksames Instrument dieser Zusammenarbeit zu dienen, indem die auf diesem Weg auftauchenden Schwierigkeiten und Hindernisse überwunden und beseitigt werden.

Der anglo-amerikanische Kurs steht in Widerspruch zum Geist und Buchstaben des Potsdamer Programms. Die Politik der Zusammenarbeit der vier Großmächte wurde abgelöst durch eine Politik, die auf die Schaffung eines anglo-amerikanisch-französischen Militärbündnisses gerichtet ist. Anstatt Deutschland in einen einheitlichen entmilitarisierten demokratischen Staat umzuwandeln, wurde die Zerreißung Deutschlands und die Einbeziehung der Ruhrmagnaten in das System des anglo-amerikanischen Angriffsblocks auf die Tagesordnung gesetzt. Eine natürliche Auswirkung dieses Kurses in der Deutschlandfrage war das System separater Handlungen der Besatzungsorgane der USA, Englands und Frankreichs und die Lossage von der Verwirklichung der vierseitigen Beschlüsse, die die gemeinsame Verwaltung Deutschlands betreffen. Diese Verhandlungen begannen bereits Mitte 1946, als hinter dem Rücken des Kontrollrates die anglo-amerikanischen Zweizonenorgane gegründet wurden.

Kaum ein Jahr verließ, als Bizozien auf der internationalen Arena erschienen. Nach dem Plan seiner Gründer sollte es nicht allein die nachfolgende Schaffung eines selbständigen westdeutschen Staates vorbereiten, sondern auch als Stützpunkt für das ganze Marshallplansystem dienen, das auf die Festigung der amerikanischen Herrschaft in Westeuropa im allgemeinen hinzielte. Die Spaltung Deutschlands wurde zur Methode der Spaltung Europas.

Von Bizozien führt ein direkter Weg zum aggressiven westbündnis und folglich auch zum Nordatlantikblock. Bereits im Mai 1947 traten die anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden untereinander ein Übereinkommen, das die Schaffung eines Wirtschaftsrates, eines Exekutivkomitees und anderer Zweizonenorgane in Bizozien vorsah und die weitestgehende Vollmachten staatlichen Charakters erhielten. Bald darauf wurde dieses System ergänzt durch einen bizozonalen obersten Gerichtshof und die sogenannte Deutsche Länderbank.

Gestützt auf diese organisatorischen Voraussetzungen gingen die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs gleich zu Beginn des Jahres 1948 zu Handlungen über, die die Spaltung und Zerstückelung Deutschlands vervollständigen. Ein wichtiger Markstein auf diesem Wege war die Beratung der USA mit Großbritannien und Frankreich zur Deutschlandfrage, die sich in London mit Unterbrechung vom 29. Februar bis Juni 1948 hinzog. Schon allein die Tatsache der Einberufung dieser Separatkonferenz zeugte bereits als Worte davon, daß die drei Mächte sich über die Ignorierung des Außenministerrates sowie des vierseitigen Kontrollmechanismus in Deutschland einig geworden waren. Die Londoner Beratung stellte die Frage der Bildung einer Regierung für die westzonen Deutschlands auf ein praktisches Gleis und faßte gleichzeitig eine Reihe Beschlüsse, die dem amerikanischen und dem englischen Monopolkapital im Ruhrbecken die Vorherrschaft sicherte.

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Artikeldienst - 4 -

Auf der Londoner Beratung wurde aber auch die separate Währungsreform im voraus entschieden und geplant. Diese Reform errichtete wirtschaftlich eine Mauer zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Deutschlands, durch die der ganzen deutschen Wirtschaft ernstester Schaden zugefügt werden mußte. Aber die Besatzungsorgane der Westzonen Deutschlands blieben dabei nicht stehen. Die separate Währungsreform wurde auch auf die Westsektoren Berlins erstreckt. Dies schuf natürlich eine reale Gefahr nicht nur für die Interessen des Wirtschaftslebens in Berlin selbst, sondern auch in der ganzen Ostzone. Mußten die sowjetischen Besatzungsbehörden, die die Verantwortung für die wirtschaftliche Lage der unter ihre Kontrolle fallenden Gebiete trugen, dieser Bedrohung nicht mit notwendigen Schutzmaßnahmen entgegensetzen? Die Berliner Regierung für die Westmächte als Rauchschleier nötig, der ihre tieferheftige separate Tätigkeit zur Durchführung der Spaltung und Zerstückelung Deutschlands deckte.

Was waren die objektiven Ergebnisse dieser Tätigkeit? Das erste Ergebnis der auf die Spaltung Deutschlands gerichteten Politik besteht darin, daß die Friedensregelung mit Deutschland auf eine immer fernere Zeit verschoben wird und daß das System des Besatzungsregimes nicht aus einer zeitweiligen Not in eine ständige Lage umgewandelt wird, die gewisse Leute mit Hilfe des sogenannten Besatzungsstatuts zu verewigen beabsichtigen.

Dieses Ergebnis hat nicht nur für Deutschland selbst, sondern auch für ganz Europa erstrangige Bedeutung. Die Idee der Legalisierung des Besatzungsstatuts für Westdeutschland geht bei einigen westlichen Politikern Hand in Hand mit der Idee, eine Art Besatzungsregime auch für ganz Westeuropa aufzurichten.

Das zweite Ergebnis der Separatpolitik der Engländer und Amerikaner besteht darin, daß Deutschland, wiederum den heiligen Verpflichtungen zum Trotz, die die Großmächte übernahmen, gespalten ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Spaltung Deutschlands nicht nur die Lebensinteressen des deutschen Volkes verletzt, sondern gleichzeitig die Gefahr schwerer internationaler Verwicklungen in sich birgt.

Es ist kein Zufall, daß gewisse ausländische Zeitungen in den letzten Tagen von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einheit zu sprechen begannen und zu diesem Zweck einen gewissen sensationellen neuen Vorschlag anpreisen, wie man die deutsche Frage lösen soll. "Die Inhalt dieses Vorschlags," so schreibt die "Evening News", "ist höchst einfach. Deutschland kann wirtschaftlich vereinigt sein, aber es darf keine wie immer geartete politische Einheit besitzen."

Das dritte Ergebnis der Separatpolitik der Westmächte in der deutschen Frage findet seinen Ausdruck in der außerordentlich schweren Wirtschaftslage Westdeutschlands. Der Generalgouverneur der englischen Besatzungszone Deutschlands, General Robertson, sagte dieser Tage: "wenn jemand behauptet, daß die Lage in Westdeutschland befriedigend sei, dann ist er in meinen Augen ein Esel!"

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Artikeldienst - 5 -

Das ist treffend gesagt, denn in der Tat, nur hoffnungslos Blinde oder bewußte Betrüger können leugnen, daß die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Westdeutschland eine außerordentlich akute Form angenommen haben. "In Westdeutschland", so schreibt der Londoner "Observer", "rückt eine ernste Wirtschaftskrise schnell heran." Die Zeitung weist auf die wachsende Arbeitslosigkeit hin, auf die schnelle Erhöhung der Zahl der Insolvenzen, die ungeheure Einschränkung des Güterverkehrs und eine Reihe anderer Sturmzeichen. Die Londoner "Financial Times" bemerkt: "wohl das akuteste Problem ist das schnelle Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Lande, in dem ein äußerst ruhlbarer Mangel an den Hauptkonsumwaren herrscht. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 774 000 im Dezember auf 944 000 im Januar und 1 019 000 am 12. Februar gestiegen. Über 10 Prozent aller Arbeiter und Angestellten Westdeutschlands sind also vollkommen beschäftigungslos. Außerdem gibt es eine große Zahl Kurzarbeiter. Der Warenumsatz schrumpft ein." Wie die Zeitschrift "New Statesman and Nation" bemerkt, hat die Währungsreform, die keine Beschneidung der realen Werte mit sich brachte, die ungleichmäßige Verteilung der Reichtümer ernstlich verschärft. Die Kaufkraft der Massen sinkt immer schneller. Über 40 Prozent der Bevölkerung sind der Möglichkeit beraubt, ihre äußerst eingeschränkten Lebensmittelrationen zu beziehen, und das zu einer Zeit, wo laut der Erklärung des genannten Generals Robertson 50 Prozent des ganzen Budgets Bizoniens zur Deckung der Besatzungskosten aufgewendet werden.

Das ist der Preis, den die deutsche Bevölkerung für die englisch-amerikanische Politik der Zerstückelung Deutschlands bezahlt, eine Politik, die die Desorganisierung des Wirtschaftslebens mit sich brachte.

Das vierte Ergebnis der separaten anglo-amerikanischen Politik in Westdeutschland besteht darin, daß sie erstens zu einer bedeutenden Belebung der reaktionären Gruppierung und zweitens zu einer scharfen Opposition gegen den anglo-amerikanischen Kurs seitens der fortschrittlichen Teile der deutschen Öffentlichkeit führte. Die hauptsächlich soziale Stütze des Besatzungsregimes in Westdeutschland sind die Ruhrmagnaten. Gleichzeitig aber befinden sich viele Glieder des Verwaltungs- und Wirtschaftsapparates Bizoniens in den Händen von Nazis, die nicht einmal den äußeren Anstrich gewechselt haben.

Je eifriger die Ruhrmagnaten und ihre Helfershelfer den Spuren der Abenteuerpolitik folgen, die darauf gerichtet ist, Westdeutschland in das System des aggressiven Nordatlantikblocks einzugliedern, um so mehr wächst der tiefgehende innere Kampf zwischen den breiten demokratischen Bevölkerungsschichten Westdeutschlands und den Anhängern der anglo-amerikanischen Politik. Nicht umsonst klangen selbst in der Schmeichelei-Presse hier und da Stimmen bezüglich der Vertrauenskrise gegenüber der anglo-amerikanischen Politik auf. In Wirklichkeit handelt es sich nicht darum, daß diese Politik von den breiten Massen der demokratischen Öffentlichkeit als Anschlag gegen die nationale Unabhängigkeit des Landes,

Presseuienst
(PUB)

21. Mai 1949
Artikeldienst - 6 -

gegen seine Einheit und gegen seine Zukunft aufgefaßt wird. Man braucht nicht besonders zu betonen, daß die separate Politik der Westmächte in Westdeutschland, ihr Abschwenken von der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die Ablehnung des Potsdamer Programms, die Schaffung eines aggressiven Militärblocks, die Tendenz der Verschleppung der internationalen Probleme, daß all dieses zusammengekommen eine in ihrer Art und in ihrem Massencharakter noch nie dagewesene Friedensbewegung in der ganzen Welt, eine Bewegung gegen die neue Kriegsgefahr, gegen neue internationale Abenteuer hervorgerufen hat. Das ist die Bilanz der Separatpolitik der USA, Englands und Frankreichs in der deutschen Frage.

Die Sowjetunion trat und tritt auch weiter immer für die volle Lösung der deutschen Frage im Geiste der internationalen Verpflichtungen ein, die die Besatzungsmächte auf der Potsdamer Konferenz übernahmen. Das Abkommen der Regierungen der Sowjetunion, der USA, Englands und Frankreichs über die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Außenministerrates eröffnet die Aussicht auf Verhandlungen vor allem über die grundlegenden deutschen Probleme. Von der Haltung der Westmächte wird es abhängen, ob diese Verhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden.

Pressdienst
(PD)

21. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Zwischenbilanz in China

(PD)

Die Agentur Sin hua gab am 17. Mai aus Peiping eine vorläufige Bilanz der 20-tätigen Offensive der chinesischen Volksarmee seit Überschreitung des Jangtsi-Flusses. In dieser Zeit drang die Volksarmee 300 Meilen südlich vom Jangtsi vor, befreite 102 Städte. Es wurden Kuomintang-Kräfte von rund 200 000 Mann vernichtet, die 8 Armeen und 3 Divisionen angehörten. 20 höhere Kuomintang-Offiziere sind in Gefangenschaft geraten. Die neubefreiten Gebiete gehören zu den reichsten Chinas mit einer entwickelten Industrie und Landwirtschaft. In den Kämpfen spielten Partisanen-Abteilungen eine wichtige Rolle. Sie kreisten zahlreiche Feindesgruppen ein und vernichteten sie, übernahmen die Besetzung der befreiten Städte und ermöglichten dadurch der Volksarmee die ununterbrochene Verfolgung des fliehenden Feindes.

Die Imperialisten vor der Pariser Konferenz

(PD)

"Die in New York erreichte Verständigung über die Einberufung des Aussenministerrates der vier Grossmächte zum 23. Mai hat in gewissen Kreisen der Westmächte Beunruhigung hervorgerufen. Zahlreiche Ausserungen lassen auf eine Einstellung schliessen, die einer friedlichen Regelung der strittigen deutschen Fragen zuwiderläuft", schreibt die französische Wochenzeitschrift "France Nouvelle" vom 14. Mai.

Die Zeitung "L' Aube" schreibt: "Dieses Abkommen und die Viererkonferenz darf keineswegs zur Folge haben, dass das Inkrafttreten des Atlantikpaktes verzögert wird." Diese Einstellung widerspiegelt sich in zahlreichen Handlungen der Westmächte. Besonders die Blitzabstimmung der Bonner Verfassung, die in fieberhafter Eile erfolgte... Warum diese Hast? Warum will man die Viererkonferenz vor vollendeten Tatsachen stellen, wenn man wirklich entschlossen ist, gemeinsam über das deutsche Problem zu diskutieren?"

"France Nouvelle" weist darauf hin, wie die Herren des State Departement sich bemühen, den Atlantikpakt im amerikanischen Senat wenn möglich, noch vor dem 23. Mai, zum mindestens aber während der Besprechung der vier Aussenminister bestätigen zu lassen. Eine weitere vorsorgliche Sabotage der Viererkonferenz besteht darin, eine Einheitsfront der Westmächte gegen die Sowjetunion zu schaffen. In Paris werden am 21. Mai Vorbesprechungen stattfinden, um die Pläne der "Drei" aufeinander abzustimmen. Obgleich die Westmächte über die deutschen Probleme noch nicht einig sind, verstehen sie sich im Antisowjetismus ausgezeichnet. Der Londoner Korrespondent der dem französischen Aussenministerium nahestehenden Zeitung "Le Monde" vom 11. Mai schreibt: "Von britischer Seite erkennt man die Notwendigkeit, die englisch-französisch-amerikanischen Ansichten zu koordinieren... Man hat den Eindruck, dass die drei Westmächte sich über gewisse Punkte negativer Art einig sind, dass aber, was die weitere Zukunft Deutschlands betrifft, ihre Ansichten merklich aus-

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

einandergelassen... Die Engländer sind der Ansicht, dass ein positiveres Abkommen der Drei unerlässlich sei. Man möchte in der Tat nicht, dass die Westmächte sich darauf beschränken, eventuelle sowjetische Vorschläge einfach abzulehnen, man möchte nicht, dass nur Herr Wyschinski konstruktive Vorschläge macht."

Alle wirklichen Friedensfreunde, meint "France Nouvelle", sind über diese unehrlichen Berechnungen empört. Sie wissen, dass die Sowjetunion immer ihrer Politik des dauerhaften Friedens und der Sicherheit in der Welt treu geblieben ist. Sie wissen, dass sie sich immer bemüht hat und auch auf der bevorstehenden Viererkonferenz bemühen wird, dazu beizutragen, dass Deutschland so schnell wie möglich einen gerechten und demokratischen Friedensvertrag erhält. Aber sie wissen auch, dass im Lager der Imperialisten die Kriegsvorbereitungen verstärkt werden, und dass man mit allen Mitteln versucht, Westdeutschland einen bewaffneten Verbündeten und ein Arsenal für die Atlantikkolalition zu machen.

"Wenn die Aussenminister sich in Paris versammeln werden, ist die Wachsamkeit der Völker notwendiger, denn je", schliesst "France Nouvelle". "Es ist die Stunde der grossen diplomatischen Entscheidungen, aber es ist auch die Stunde, die historischen Beschlüsse des Weltfriedenskongresses durchzuführen. Die Zeit drängt. Wenn auch die Kriegshetzer gezwungen sind, zu verhandeln, so haben sie doch noch nicht ihre verbrecherischen Ziele aufgegeben. Man muss ihre vollständige Niederlage erreichen, zum Wohle der Menschheit, zum Wohle Frankreichs!"

D.B.

Amerikanische Satire auf Clays Deutschland-Politik

(PD)

Anlässlich der kürzlich in New York veranstalteten sogenannten "Industrie-Ausstellung Westdeutschlands" bringt die amerikanische Zeitschrift "German American" folgende imaginäre Begrüssungssprache an die Besucher dieser Ausstellung:

"Meine Damen und Herren! Ich heisse Sie zu dieser Ausstellung willkommen, die durch die Anstrengungen des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland, Lucius D. Clay, ermöglicht wurde. General Clays Verbindungsoffizier zum Publikum, der mit der Fertigstellung dieser Ausstellung beauftragt war, ist dem amerikanischen Publikum nicht unbekannt. Es ist Dr. Heribert von Stempel, der Erster Sekretär von Hitlers Gesandtschaft in Washington war. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, dass er 1941 beschuldigt wurde, seinen diplomatischen Immunität zur Verbreitung von Nazipropaganda und Rassenhass missbraucht zu haben. Diese Beschuldigungen wurden seinerzeit vom Un-Amerikanischen Komitee erhoben, als dieses noch nach Richtlinien Franklin Delano Roosevelts arbeitete.

Bevor Sie daran gehen, sich die Ausstellung anzusehen, erlauben Sie mir, zu betonen, dass alle hier zur Schau gestellten Waren in der sparsamsten Weise hergestellt wurden, was der intelligenten Arbeiterpolitik der Militärregierung zu verdanken ist, die es möglich gemacht hat, die Lohnkosten in Westdeutschland auf ein Minimum zu beschränken. Sie sind nur mit Kolonialländern alten Typs vergleichbar.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Die Ausstellungsobjekte der Agfa-Werke, der Vereinigten Ultramarinefabriken AG. und der Farbwerke Höchst sollten für die Käufer der Rüstungsindustrie von besonderem Interesse sein. Diese drei Firmen sind Tochtergesellschaften der IG-Farben, und, da es möglich gewesen ist, die fähige Leistung dieser Werke beizubehalten, die den Armeen Hitlers so ausgezeichnete Dienste leistete, wird es möglich sein, ihre Produktion im Bedarfsfalle in kürzester Zeit auf eine Kriegsproduktion umzustellen.

Die elektro-medizinische Firma Siemens-Reininger ist eine Filiale des Siemens-Halske-Kartells. Dieses Kartell stand nach dem Kriege auf der Schwarzen Liste, aber glücklicherweise haben die derzeitigen Besatzungsbeamten mehr Verständnis für die geschäftlichen Notwendigkeiten, als die im Krieg gegen Hitler kämpfenden Truppen.

Tatsächlich sind 10 der Firmen, deren Waren Sie hier ausgestellt sehen, Filialen der grössten deutschen Kartelle, die 1946 von General Clay selbst auf die Schwarze Liste gesetzt wurden. Sie sollten von Kreditwürdhungen und Rohmaterialbelieferungen ausgeschlossen werden, ebenso wie sie an einer Beteiligung am Aussenhandel verhindert werden sollten, ehe sie nicht entkartellisiert sind. Glücklicherweise sind diese Bestimmungen nie durchgeführt worden.

Unser Leitspruch lautet: Geschäfte wie immer! Sie werden feststellen, dass, indem Sie von uns kaufen, Sie dies nicht nur billig tun, sondern auch die Befriedigung haben können, diejenigen deutschen Konzerne zu unterstützen, die Ihnen die Garantie dafür bieten, dass amerikanische Investitionen in Deutschland sicher sind und das derartig un-amerikanische Vorschläge, wie Nationalisierungen, nicht stattfinden werden".

(G.G.)

Verwundeten-Transporte aus Vietnam
(PD)

Am Ostbahnhof in Paris stehen Dutzende Krankenwagen mit verstümmelten und verwundeten jungen Franzosen, die vom Kriegsschauplatz Indochinas zurück transportiert werden. Der sozialistische Innenminister Jules Moch, befahl seinen Polizeitruppen, die Verwundeten zu bewachen, alle Neugierigen und besonders Fotografen und Presseleute von ihnen fernzuhalten. Die französische Regierung verbietet jegliche Veröffentlichung über die Opfer ihres gemeinen Kolonialkrieges. Sie hat Angst vor der Wahrheit, Angst vor der Empörung des Volkes, das seine Söhne nicht für die Interessen der Kolonialherren hergeben will und nicht will, dass sie gegen ein anderes, um seine Freiheit ringendes Volk kämpfen. Die französische Regierung will ihr schändliches Werk, die Verwundeten des indochinesischen Krieges verbergen.

Dieser Krieg hat bereits viel Blut und viele Milliarden gekostet. Trotzdem will die französische Regierung, die sich auf eine Mehrheit von sozialistischen Abgeordneten, Volksrepublikanern (MRP), Radikalen und Gaullisten stützt, diesen Krieg fortsetzen. Sie fordert jetzt von neuem 60 Milliarden Francs, um den Krieg weiter führen zu können. Dadurch würde die Gesamtsumme der Militärausgaben für diesen ungerechten und aussichtslosen Krieg 150 Milliarden Francs betragen.

- 4 -

PresseDienst
(PD)

21. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Das französische Volk will nicht seine Steuern zahlen und sein Blut hergeben für die Profite der Queuille-Regierung und die Bank von Indochina. Es will auch nicht den strategischen Interessen der amerikanischen Kriegshetzer in diesem Gebiet Asiens dienen. Es fordert Frieden in Vietnam und Frieden mit Ho Tsch Minh!

(Aus "France Nouvelle" vom 14.5.49) D.B.

Gemeindewahlen in Italien

(PD)

Am 15. Mai fanden in einer Reihe Gemeinden Italiens Gemeindewahlen statt.

In Cusi (Toskana) erhielt der Volksblock (Sozialisten und Kommunisten) 3 895 Stimmen, der Regierungsblock 738 Stimmen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Christlich-Demokratische Partei ca 500 Stimmen verloren.

In Molfetta erhielt die Christlich-Demokratische Partei 8 557 Stimmen, die Liste der Sozialisten und Kommunisten 7 676. Im vorigen Jahr wurden für die Christlich-Demokratische Partei noch 13 853, für die Volksdemokratische Front nur 4 963 Stimmen abgegeben.

In Manfredonia erhielt die Christlich-Demokratische Partei 5 968 Stimmen, die Sozialisten und Kommunisten 5 674. Im Vorjahr buchte die Christlich-Demokratische Partei 8 066, die Volksdemokratische Front 4 673 Stimmen.

In Gravino haben die Christlich-Demokratische und andere rechte Parteien nicht einmal versucht, eine Kandidatenliste aufzustellen und begnügten sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, den Wahlurnen fernzubleiben. Die Volksfront-Liste der Sozialisten und Kommunisten erhielt 6 933 Stimmen gegenüber 4 000 im Vorjahr.

(TASS-Meldung aus Rom vom 18.5.49)

E -n.

Nach den Wahlen in Ungarn

B u d a p e s t (E.B.)

Nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse fand auf dem Platz der Republik eine Massenkundgebung statt, in der der Generalsekretär der ungarischen Partei der Werktätigen, Mathias Rakosi, das Wort ergriff. Er beglückwünschte die Werktätigen zum Wahlsieg der Volksfront, für die eine so überwältigende Mehrheit der Wähler gestimmt hat. "Jetzt können wir mit voller Überzeugung erklären, dass das werktätige Volk des Landes einmütig hinter uns steht." Rakosi unterstrich das Anwachsen der Autorität und des Einflusses der führenden Partei des Landes, der Partei der Werktätigen. Die vorhergehenden Wahlen fanden erst ein Jahr nach der Währungs-Stabilisierung statt, die Verwirklichung unseres Dreijahrplanes hatte damals erst begonnen, unsere Erfolge konnten sich erst in diesen Wahlen auswirken. Auch die Ergebnisse des politischen Kampfes, durch den unser Land nunmehr nicht den Herren, sondern den Werktätigen gehört, wirkten sich jetzt aus. In diesen Wahlen stand die industrielle Arbeiterschaft, dieses feste Rückgrat unserer Volksdemokratie, wie ein Mann hinter uns. Die Bauern, die dank der Bodenreform Land erhalten haben, sind zu festen

- 5 -

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Verbündeten der Arbeiterklasse geworden. Die Mehrheit der arbeitenden Frauen und Jugendlichen stand ebenfalls auf unserer Seite. In letzter Zeit begann auch die Mittelbauernschaft auf die Seite der Volksdemokratie überzugehen, wodurch das Bündnis der Arbeiter und Bauern sich weiter gefestigt hat. Das ungarische Volk hat begriffen, dass nur eine nationale Einheit fest und dauerhaft ist, die von der einheitlichen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten geleitet wird.

Wir bezeichneten die Jahre 1947/48 als die Jahre des Umschwungs, weil in diesen Jahren die Kräfte der Volksdemokratie im politischen Leben über die Reaktion siegten. Die Jahre 1948/49 sind die Zeit eines Umbruchs im Leben des werktätigen Volkes. Dieser Umbruch äussert sich in der Liebe und Achtung, die das ungarische Volk unserer Partei, der Partei der Werktätigen entgegenbringt. Unser Volk hat jetzt eine neue Losung: "Es lebe die Partei!" In dieser Losung erblicken wir die Anerkennung der von uns geleisteten Arbeit.

Die Wahlergebnisse sind nicht nur das Resultat der guten Arbeit der Volksfront und der Volksdemokratie, sondern auch die Anerkennung der Selbstlosigkeit, der politischen Klugheit und Disziplin, die die ungarischen Kommunisten zur Zeit der Befreiung des Landes an den Tag legten.

Es erfüllt uns ungarische Kommunisten mit grosser Freude, erklärte Rakosi, dass das ungarische Volk sein Vertrauen zur Volksfront und zu unserer Partei so einmütig bekundet hat. Rakosi schloss mit den Worten: "Wie bei jedem unserer Erfolge, drücke ich auch jetzt unseren Dank an unsere Befreier aus, die mächtige Sowjetunion und ihren weisen Führer, dem grossen Freund unseres Volkes Stalin. Dass wir heute frei atmen, dass wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken, verdanken wir vor allem ihnen".

G.Kr.

Bauen ohne Baugerüst

(PD)

In Minsk auf dem Baugelände des Traktorenwerkes. In der Baugrube, in deren Mitte die Mauern eines Gebäudes der Minsker Traktorenwerke emporragen, sind Schienen gelegt, auf denen das "Kusmitsch-Fliessband" rund um das Gebäude fahren kann. Diese Konstruktion des Ingenieurs Kusmitsch macht Baugerüste überflüssig, mechanisiert einen Teil der Bauarbeiten, macht sie bequemer und beschleunigt den Arbeitsprozess. Von einer Kran-Konstruktion auf Schienen wird die schwebende Plattform getragen, auf der die Maurer arbeiten. Durch die Konstruktion kann die Plattform, nachdem das Mauerwerk eine gewisse Höhe erreicht hat, entsprechend höher gestellt werden. Loren mit Ziegelsteine werden zur Plattform der Maurer emporgehoben und automatisch entladen. Mithilfe einer Hebelbewegung setzt der Mechaniker des "Kusmitsch-Fliessbandes" einen anderen Mechanismus in Bewegung, der den Mörtel zum Arbeitsplatz des Maurers hebt. Wenn die Maurer einen Abschnitt beendet haben, bewegt sich die Konstruktion auf den Gleisen seitwärts, um einen neuen Mauerabschnitt zu beginnen.

Das Putzen, insbesondere der Decken, zählt zu den schwersten Arbeiten des Baugewerbes. Auf dem Bau des Traktorenwerkes wird eine neuartige Mörtelpumpe angewandt, die vom Ingenieur Baturin konstruiert wurde. Sie bringt den Mörtel in jede beliebige Höhe, der Putz wird auf die Wände und Decken angespritzt. Die Anstreicherarbeiten sind ebenfalls vollständig mechanisiert.

E - n

- 6 -

Pressedienst
(PD)

21. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Zur Information
=====

Nehru - der neue Tschiangkaischek
(PD)

In der April-Nummer der englischen Zeitschrift "Labour Monthly" behandelt A. Palme Dutt die grosse Bedeutung der Freiheitskämpfe der unterdrückten Völker in Asien und die Kriegspläne, die die Imperialisten in Asien schmieden.

In Ostasien betreiben die imperialistischen Mächte England, Frankreich, Holland und Amerika, die Unterzeichner des Atlantikpaktes, nicht nur Kriegsvorbereitungen, sondern führen einen aggressiven, barbarischen Kolonialkrieg gegen die Völker. Die Hälfte der englischen mobilen Expeditionskräfte, die Hälfte der iran-zösischen Kräfte und fast die gesamten militärischen Kräfte Hollands sind in den Kriegsoptionen Ostasiens eingesetzt. In Singa-pore fanden wiederholt militärische Konferenzen britischer Armee-führer, Kolonialgouverneure und amerikanischer Generale statt. In Neu-Delhi sind wiederholt Konferenzen mit den asiatischen Marionet-ten der Imperialisten abgehalten worden, um einen imperialistischen Block von Satelliten unter anglo-amerikanischer Führung zustande zu bringen. Der sichtbare Führer dieses Blocks soll der indische Ministerpräsident Nehru werden. In Canberra gab es eine Konferenz, die Lord Listowel abgehalten hat, um einen Block von Australien, Neuseeland, Indien, Pakistan und Ceylon zum Kampf gegen die Freiheitsbewegungen in Ostasien zu bilden. Auch hat Australien, Malaya und Singa-pore mit demselben Ziel besucht. Denselben Zweck diente die Konferenz der Ministerpräsidenten der Dominien: ihre militä-rischen Maßnahmen im "Krieg gegen den Kommunismus" aufeinander abzu-stimmen.

Diese Kriegspläne in Ostasien nehmen nach der Niederlage des Imperialismus in China konkrete Formen an. Der Sieg der chinesi-schen demokratischen Revolution gegen den von Amerika finanzierten und ausgerüsteten Tschiangkaischek ist die grösste Niederlage des Imperialismus seit dem Zusammenbruch Hitlers, Mussolinis und Rojos. Sie stellt den grössten Sieg der Kräfte der Volksbefreiung seit der russischen Revolution von 1917 dar, im Lande des grössten Volkes der Welt, das ein Fünftel der Menschheit umfaßt. Die amerikanische Re-gierung hat offiziell 2 Milliarden Dollar zur Unterstützung Tschiang-kaischeks seit dem Krieg verwandt. Das amerikanische Kapital hat außerdem weitere 8 Milliarden Dollar zur Durchdringung Chinas und Unterstützung der Kuomintang verwendet, um China zur Kolonie des Imperialismus zu machen. Diese 10 Milliarden Dollar, d.h. mehr als die ganze Marshallhilfe, sind nun verloren.

Das Gebiet, auf das sich der Imperialismus gegenwärtig konzen-triert, ist Südost-Asien und Indien, wo bis vor kurzem die alten europäischen Kolonialmächte den Ausschlag gaben. Jetzt dringt dort Amerika vor. Der Hauptkriegsschauplatz des Kampfes zwischen Demokra-tie und Imperialismus ist gegenwärtig, betont Palme Dutt, Ostasien. Er zitiert einen Aufsatz der Londoner "Times" vom 1. März, in dem es heisst: "Die Unruhen im Gebiet Asiens haben die reichen Rohstoff-quellen in Gefahr gebracht, die England, Frankreich und Holland unbedingt benötigen. Aus der halben Million Tonnen Gummi und den

PresseDienst
(PB)

21. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

60 000 Tonnen Zinn, die Malaya jährlich produziert, aus dem Reis, dem Bergbauprodukten und dem Holz Birmas hat England einen großen Teil seines Dollar-Überschusses erworben. Für Holland entscheidet der Sieg oder Niederlage in Indonesien mit seinem Öl, Gummi, Zinn und Kaiee darüber, ob Holland eine Macht bleibt oder nicht.

In der Tat hat die Zinn- und Gummiproduktion Malayas England mehr Dollars eingebracht, als der gesamte Export Großbritanniens zusammengekommen. Die englischen Wirtschaftspläne für die nächsten 4 Jahre sehen eine unheimliche Steigerung der Ausräucherung der Kolonie vor, die nur durch eine Niederwerfung ihrer Unabhängigkeitsbewegung verwirklicht werden könnte. So soll die asiatische Gummiproduktion von 400 000 Tonnen auf 800 000 erhöht werden, die Kupferausbeute von 128 000 Tonnen (1936) auf 276 000 Tonnen, die Zinn-Ausbeute von 27 000 auf 94 000 Tonnen, die Öl-Ausbeute soll das Doppelte von 1947 erreichen usw.

Auf der zweiten Konferenz in Delhi ist es klar geworden, daß die anglo-amerikanische Imperialismus als seine Basis in Asien jetzt Indien, Pakistan und Ceylon auszubauen versucht. Die indische Großbourgeoisie ist bereit, die Führung in Asien zu übernehmen. Der indische Präsident Patel toriert eine "feste Hand", um die "Unruhen" und die unerwünschten Elemente in Birma, Malaya, Indochina usw. zu beseitigen.

Eine besondere Rolle in der Niederkämpfung und Niederwerfung der Unabhängigkeitsbewegung in Asien soll Nehru spielen. Er tritt in Asien mit der Parole der "Dritten Kraft" auf, die angeblich weder mit den Imperialisten noch mit den anti-imperialistischen Lager verbunden wäre. Indien wird als "unabhängige Republik" bezeichnet. Mit anti-imperialistischen Phrasen maskiert Nehru seine Dienste für den anglo-amerikanischen Imperialismus.

Die englische Zeitschrift Economist, ein Sprachrohr der englischen Bourgeoisie, hat in ihrer Nummer vom 5. März Nehru für seine Politik besonders gelobt. bezeichnete ihn als einen Staatsmann von Genie. Erst habe er die Nationen Asiens zur Behandlung der indonesischen Frage versammelt und damit den anti-imperialistischen Segen auslands den Wind genommen, dann brachte er einen Familienrat des britischen Weltreiches in einer Weise zustande, die England des Vorwurfs entheben hat, durch eine Intervention in Birma seinen Imperialismus wieder aufleben zu lassen.

"Durch seine entschlossenheit, Indien gegen Unruhen zu schützen, die Birma und China durchzieht, wird Nehru zu einer führenden Kraft Südost-Asiens". - bemerkt die Londoner Times vom 9. März. Nehru tritt in die Spuren von Tschiangkai-schek.

Palme Pitt weist nach einer Schilderung der Kräfte der nationalen Bewegungen in Asien auf die Schwäche des englischen Imperialismus hin. Das Dilemma Englands besteht darin, daß der Krieg in Asien starke militärische Kräfte bindet, so daß die Frage entsteht, woher die britischen Kräfte genommen werden sollen, die die englische Verpflichtungen aus dem Brüsseler Pakt in Europa erfüllen könnten. Holland verwendet vier Fünftel seiner militärischen Kräfte in Indonesien und mußte Montgomery mitteilen, daß es seinen Beitrag zur Armee der westeuropäischen Union nicht leisten könne.

(G.K.)